

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

08.12.2021

Drucksache 18/19473

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Markus Bayerbach, Martin Böhm, Dr. Anne Cyron, Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Uli Henkel, Stefan Löw, Roland Magerl, Christoph Maier, Ferdinand Mang, Jan Schiffers, Ralf Stadler und Fraktion (AfD)

Unsere Demokratie vor ihren Feinden schützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Arbeit des Inlandsgeheimdienstes frei von politischer Einflussnahme durch politische Parteien zu erfolgen hat.

Der Landtag missbilligt, die politische Einflussnahme, um einen Einsatz des Inlandsgeheimdienstes gegen die parlamentarische Opposition im Freistaat Bayern herbeizuführen.

Begründung:

Im Zuge der öffentlichen Diskussion um die internen Chat-Protokolle einer der Alternative für Deutschland nahestehenden Chat-Gruppe wurde von zahlreichen Mitgliedern der Staatsregierung sowie der Regierungsfraktionen und einigen Oppositionsfraktionen der Einsatz des Inlandsgeheimdienstes gegen die Fraktion der Alternative für Deutschland im Landtag gefordert bzw. befürwortet.

Dies steht im unmittelbarem Wertungswiderspruch zum Demokratieprinzip. Es kann keine freiheitliche Demokratie geben, in welcher der Inlandsgeheimdienst die parlamentarische Opposition bekämpft. Der Sicherheitsapparat darf nicht zur Bekämpfung unliebsamer Meinungen durch die Regierung missbraucht werden. Hiermit würde sich Bayern bzw. Deutschland auf eine Stufe mit autoritären Regimen wie Weißrussland, China und der Türkei stellen.

Prominentestes Beispiel für die unzulässige politische Einflussnahme auf den Inlandsgeheimdienst durch die Regierung ist die Forderung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, dass der Verfassungsschutz gegen die AfD bzw. AfD-Fraktion vorgehen solle. Dieser sagte wörtlich:

"Ich finde, jetzt ist wirklich der Anlass, dass der Verfassungsschutz grundlegend die Beobachtung übernimmt und eingeschaltet wird und prüft, was zu tun ist".¹

https://www.merkur.de/politik/afd-chats-bayern-markus-soeder-besorgnis-staatsanwaltschaft-verfassungsschutz-91156332.html